



## Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf



Haroldstraße 4  
40190 Düsseldorf

Telefon +49 (0) 2 11 / 837 - 02  
Durchwahl +49 (0) 2 11 / 837 - 1612  
Telefax +49 (0) 2 11 / 837 - 1577

RL.: LMR Schneider  
EV.: AR'in Trommer  
Datum

12. Dezember 2002

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)  
IV.1-30.01.03.03

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung am 27.  
November 2002 habe ich Herrn Landtagsabgeordneten Hans Peter Lindlar die  
schriftliche Erläuterung der Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2003, Einzelplan 02  
Kapitel 02 070 – Landesplanung, Titel 537 10 und Titel 537 20 zugesagt.

### Zu Titel 537 1

#### - Raumwissenschaftliche Arbeiten und Erstellung von Planungsunterlagen -

Ansatz 2003:	423.200 Euro
Ansatz 2002:	407.900 Euro
Mehr:	15.300 Euro

Die Mittel sind vorgesehen für:

- Folgeforen zum Landesplanungsbericht,
- die Neufassung des Landesentwicklungsplanes NRW (Erarbeitung von Experti-  
sen zur Ausgestaltung und Operationalisierung eines neuen Zielsystems),

- die raumordnerische Sicherung und Entwicklung von Freiraumfunktionen (Erstellung eines Gutachtens zur Entwicklung der fachlichen Funktionen der Gebietsentwicklungspläne),
- die Zusammenarbeit mit den Niederlanden zur gemeinsamen Untersuchung der Einführung der Plan-UVP. Dieses Instrument sollte genutzt werden, die Planungssysteme in den Niederlanden und NRW einander anzunähern. Es muss daher eine umfassende Untersuchung durchgeführt und ein bilaterales Beratungsgremium installiert werden,
- die Ko-Finanzierung von Projekten im Rahmen des INTERREG III B-Programms „Nordwesteuropa“ (NWE)-Technische Hilfe und Durchführungsmaßnahmen,
- die Entwicklung regionaler Gewerbeflächenkonzepte und Controlling/Monitoring-Systeme,
- die Fortsetzung des Projekts „High Speed Train (Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene)“ durch verschiedene Anschlussprojekte.

Die Mehrkosten im Haushaltsjahr 2003 entstehen wegen neuer Projekte im Rahmen der Ko-Finanzierung des INTERREG III B-Programms „Nordwesteuropa“ (NWE).

#### Zu Titel 537 20

#### - Planungen zur Sozialverträglichkeit im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau -

Ansatz 2003:	105.000 Euro
Ansatz 2002:	154.000 Euro
Weniger:	49.500 Euro

Der Ansatz umfasst die Finanzierung des Beauftragten der Landesregierung für Umsiedlungsfragen. Die Landesregierung ist mit der Genehmigung des Braunkohlen-

planes Garzweiler II im Jahre 1995 die Selbstverpflichtung eingegangen, die Funktion eines bzw. einer Beauftragten für Umsiedlungsfragen einzurichten.

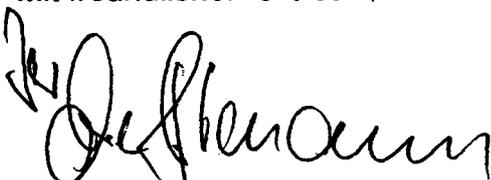
Die Landesregierung hat im Sommer letzten Jahres die Stelle eines Beauftragten für Umsiedlungsfragen (Umsiedlungsbeauftragter) eingerichtet. Die Besetzung dieser Stelle erfolgte aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages, der zunächst bis zum 31.5.2003 befristet ist. Nach Ablauf dieser Befristung muss der Vertrag entweder verlängert oder eine Anschlussregelung gefunden werden.

Mit der Einrichtung der Stelle des Umsiedlungsbeauftragten wurden bereits für das Rechnungsjahr 2003 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 10.737,17 Euro eingegangen.

Die Reduzierung des Ansatzes erfolgte zum Einen wegen der zu leistenden globalen Minderausgabe sowie der bei Titel 427 01 – Vergütung und Löhne für Aushilfen – entstandenen Mehrausgaben.

In der Anlage übersende ich Ihnen meine Erläuterungen an Herrn Abgeordneten Hans Peter Lindlar vom heutigen Tag in 120facher Ausfertigung mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung.

Mit freundlichen Grüßen .



(Dr. Axel Horstmann)